

**E**in Neubau reiht sich an den anderen: großzügige Eigenheime an moderne Mietshäuser, dazwischen die große gelbe Grundschule, ein backsteingemauertes Feuerwehrhaus. Umrahmt wird das 600 Einwohner-Dorf Haidemühl von weitläufigen Feldern und dem neu angelegten Anglerteich. Steigt man auf den Aussichtsturm am Ortseingang, sind in der Ferne Windparks zu sehen – und qualmende Kraftwerke.

Letztere gehören der Lausitz Energie AG (LEAG), die Grund dafür ist, dass Haidemühl heute als Ortsteil der Stadt Spremberg in der Gemarkung von Sellessen (Lausitz) liegt. Bis 2006 lag Haidemühl noch zehn Kilometer westlich von Spremberg, am Rande des Tagebaus Welzow-Süd. Die ehemalige Industriegemeinde ist die letzte von über 80 Orten und Gemeindeteilen, die in den vergangenen hundert Jahren den Lausitzer Braunkohletagebauen weichen mussten. Zwischen 2004 und 2006 wurde Haidemühl „devastiert“, also umgesiedelt.

Mitorganisiert wurde die Umsiedlung vom damaligen Spremberger Bürgermeister Klaus-Peter Schulze (CDU), der seit 2013 als Direktkandidat von Cottbus/Spree-Neiße im Bundestag sitzt. Er nennt Haidemühl „den Inbegriff einer erfolgreichen Umsiedlung“. Vor 15 Jahren sei diese still und leise über die Bühne gegangen, ohne öffentliche Streitereien, schrieb die Lausitzer Rundschau 2006.

Ganz anders war es in Horno, dessen Einwohnerinnen und Einwohner jahrelang erbitterten Widerstand leisteten, weil sie vom Tagebau Jänschwalde nicht „abgebagert“ werden wollten – vergeblich. Proschim dagegen, das ebenfalls vom Tagebau Welzow-Süd bedroht wurde, hat sich erfolgreich gegen die geplante Umsiedlung zur Wehr gesetzt. Seit 2018 organisieren sich Betroffene aller Braunkohlereviere in Deutschland im Bündnis „Alle Dörfer bleiben“, um gegen Zwangsumsiedlungen und Klimazerstörung durch den Kohleabbau zu kämpfen.

Einer von ihnen ist Hagen Domaška (ausgesprochen: Domaschke). Er stammt aus Hoyerswerda in Sachsen, an der Grenze zur Brandenburg. Die Tagebaue, zwischen denen er aufwuchs, nahm er schon als Kind als „Zerstörung“ wahr, die Umsiedlungen als „Traumatisierung“ ganzer Familien. Auch das Haus seiner Großmutter wurde für einen Tagebau abgerissen. Domaška ist Sorbe, beim Sorbischen Parlament „Serbski Sejm“ aktiv und kritisiert, dass ein Großteil der bislang devastierten Lausitzer Dörfer auf sorbischem Siedlungsgebiet lag.

Anfang März 2021 trafen Klaus-Peter Schulze und Hagen Domaška in Haidemühl aufeinander, um die Umsiedlungen, den Kohleausstieg, die sorbische Kultur und die Identitätskrise in der Lausitz zu diskutieren.

„Haidemühl wurde 2006 umgesiedelt, da sprach noch niemand über den Kohleausstieg.“

**Herr Schulze, wie haben Sie die Umsiedlung von Orten angesichts zahlreicher Proteste als Bürgermeister gerechtfertigt?**

**Klaus-Peter Schulze:** Damit, dass die Kohle zu dem Zeitpunkt noch benötigt wurde. Haidemühl ist 2006 umgesiedelt worden, da hat noch niemand über den Kohleausstieg gesprochen. Heute ist das anders und heute wird auch kein Ort in Brandenburg mehr umgesiedelt, in der Lausitz lediglich noch Mühlrose in Sachsen.

**Hagen Domaška:** Dass die Zeit der Umsiedlungen in Brandenburg vorbei ist, das ist gut. Die Aussage „die Braunkohle wurde benötigt“ ist aber auch vor 15 Jahren schon nicht mehr korrekt gewesen – politisch war nur nichts anderes durchsetzbar.

**Was halten Sie von der Arbeit der Kohlekommission und dem Kohleausstieg 2038?**

**Schulze:** Die Kohlekommission hat ein paar wichtige Dinge geleistet, unter anderem den gesellschaftlichen Konsens, dass der Kohleausstieg nötig ist. Aus meiner Sicht unterbelichtet bleibt die Frage: Wie sichern wir die Stromversorgung in Deutschland? Wir können in Deutschland noch 10.000 Windräder bauen, dann ist die Landfläche erschöpft. Wir müssen mehr Photovoltaik machen, brauchen dafür aber auch die Speichermöglichkeiten. Wie wir die Energieversorgung in Zukunft regenerativ hinkriegen, erschließt sich mir noch nicht.



Gute Aussicht: Hagen Domaška von „Alle Dörfer bleiben“, CDU-Politiker Klaus-Peter Schulze und Reinhard Werner, Bürger von Haidemühl, auf einem Aussichtsturm am Ortseingang. Foto: Louisa Theresa Braun



Ein Plakat an einem schon teilweise abgerissenen Haus in Alt-Haidemühl 2007 deutet darauf hin, dass auch hier nicht alle Menschen mit der Umsiedlung einverstanden waren. Foto: Andre Kurtas/dpa



Mit Transparenten protestierten Bürgerinnen und Bürger von Horno 1998 gegen die Umsiedlung ihrer Heimat. Trotzdem musste der Ort in Jänschwalde 2004 dem Tagebau weichen. Heute liegt Horno im Gebiet der Stadt Forst (Lausitz). Foto: Martin Schutt/dpa

# Stille Umsiedlung, laute Proteste

**Streitgespräch** Als Bürgermeister von Spremberg begleitete Klaus-Peter Schulze (CDU) die Umsiedlung von Haidemühl für den Kohleabbau. Hagen Domaška ist im Widerstand gegen die Verdrängung von Dörfern in Brandenburg aktiv. Wie freiwillig haben Bürger dem Tagebau Platz gemacht? Von Louisa Theresa Braun

**Domaška:** Ich finde, die Kohlekommission ist ein gelungener Propagandaschachzug des Wirtschaftsministeriums gewesen. Sie ist zusammengesetzt worden auf nicht-demokratisch legitimierte Weise und ihre Empfehlungen sind anschließend nicht mal eingehalten wurden. Man hätte meiner Meinung nach den parlamentarischen Weg gehen sollen. Das Ergebnis selbst ist natürlich völlig unzureichend, also 2038 ist viel zu spät für den Kohleausstieg – wir hätten so schnell wie möglich aus der Braunkohle aussteigen müssen.

**Herr Schulze, Sie haben Haidemühl mal den „Inbegriff einer erfolgreichen Umsiedlung“ genannt. Inwiefern lief es hier besser als woanders?**

**Schulze:** Die Haidemühler bekamen von Vattenfall einen Naturalersatz für ihr Haus und ihr Grundstück und in dem neuen Ortsteil in Spremberg eine neue Schule, Hort, Kita und eine Mehrzweckhalle. Außerdem gab es seit 1990 nur noch geschlossene Umsiedlungen. Das heißt, dass Menschen einer Nachbarschaft nicht mehr, wie noch zu DDR-Zeiten, in alle Winde verstreut wurden. Es gab Menschen, die mit dem Wechsel in den neuen Ort nicht zurechtgekommen sind, das kann man nicht abstreiten. Aber die Bürger konnten sich am Bebauungsplan beteiligen und frei entscheiden, in welcher Straße sie wohnen wollen. Wer sich natürlich geweigert hat, sich zu beteiligen, für den hat die Stadtverordnetenversammlung entschieden. In Haidemühl haben alle gut kooperiert. In Horno dagegen gab es einige Leute, die gesagt haben, sie reden einfach nicht und da haben wir gesagt: „Dann müsst ihr die Grundstücke so nehmen, wie wir sie aufzeigen.“

**Domaška:** Wie freiwillig ist denn dann diese Umsiedlung?

**Schulze:** Da geb' ich Ihnen recht. Aber da ist ein großer politischer Fehler gemacht worden. Der damalige Ministerpräsident Manfred Stolpe hat vormittags in Horno in der Kirche zu den Bürgern gesagt, ihr werdet nie abgebagert. Und am Nachmittag hat er in Jänschwalde im Kraftwerk vor 3000 Bergleuten gesagt, natürlich wird der Tagebau Jänschwalde so geführt, wie er geplant war. Es stand immer fest, dass Horno mit abgebagert

## Ortschaften in den Lausitzer Kohlereviere

- 1. Tagebau Klettwitz/Klettwitz-Nord (1949-1992) und Kleinleipisch (1910-1980):** Bergheide, Grünhaus, Schipkau/Šejkow, Klettwitz/Klěšišča, Römerkeller, Klingmühl, Wischgrund, Lichtenfeld/Swětta
- 2. Tagebau Jänschwalde (1971-2028):** Grötsch/Groziščo, Klein Briesnig/Maty Rjasnik, Klein Bohrau/Maty Bórow, Weißbagk/Wusoka, Gosda/Gozna, Klinge/Klinka, Heinersbrück/Most, Horno/Rogow
- 3. Tagebau Schlabendorf Nord/Süd (1959-1991):** Buschmühle, Glichow/Glichow, Boschwitz/Bóšac, Tornow/Tornow, Stoßdorf/Stotupk, Zinnitz/Synjeńce, Schlabendorf/Choščišča, Stiebsdorf/Šciwojce, Fürstlich Drehna/Drjenow, Pademagk/Pód-mokka, Presenchen/Brjazynka, Wanninchen/Waninki
- 4. Tagebau Greifenhain (1936-1994) und Tagebau Gräbendorf (1981-1992):** Buchholz,

Groß Jauer, Gräbendorf/Grabice, Klein Jauer/Jaworka, Pritzen/Pricyn, Nebendorf/Njabodojce, Görzitz/Chórice, Laasdorf/Chóšc, Reddern/Rědoř, Laasow/Laz

**5. Tagebau Niemtsch (1940-1966):** GroßKoschen/Košyna, Senftenberg/Zly Komorow

**6. Tagebau Welzow Süd (1959-2038):** Gosda, Groß Buckow, Jessen/Jasén, Roitz/Rajc, Stradow/Tsadow, Josephsbrunn, Pulsberg, Klein Buckow, Wolkenberg/Klěšnik, Straußdorf/Tsuckojce, Klein Görigk, Görigk, Kausche, Dollan, Radeweise/Radojz, Haidemühl/Gózdž, Geisendorf/Gižkojce, Bühlow/

Běla, Sagrode, Neumühle,

**7. Tagebau Seese-West/Ost (1962-1996):** Dubrau, Groß Lübbenau/Lubń, Kahnsdorf/Wóškalkawa, Görzitz/Chórice, Bischdorf/Wótšowc, Seese/Bzež, Vorberg/Barak, Schönfeld/Tlukom, Kückebusch/Grožc,



- 8. Tagebau Cottbus-Nord (1975-2015):** Groß Lieskow, Merzdorf/Zyłowk, Klein Lieskow (Liškow), Dissenchen/Dešank, Schlichow/Šlichow, TranitZ/Tsawnica, Lakoma/Łakoma,
- 9. Tagebau Meuro (1958-1999):** GroßBräschen-Süd/Bückgen, Hörnitz/Wórlca, Meuro/Murjow, Sauro/Sowjo, Rauno/Rowna, Reppist/Rěpiščo, Freienhufen
- 10. Tagebau Sedlitz (1928-1980)/Koschen (1955-1972):** Lieske/Lěska, Rosendorf/Zasrjew, Sorno/Žarnow, Bahnsdorf/Bo-bošojce, Sedlitz/Sedliščo, Kleinkoschen/Košynka

Die Frage von Entschädigung und Wiedergutmachung steht weiter zur Diskussion.

wird. So was kann man als Politiker nicht machen.

**Sowohl Haidemühl als auch Horno wie auch viele andere devastierte Dörfer waren Siedlungsgebiet des sorbischen Volkes, das als nationale slawische Minderheit anerkannt ist, aber keine politische Macht hat. Inwiefern haben die Sorben besonders unter dem Kohleabbau gelitten?**

**Domaška:** In der Geschichte des industriellen Bergbaus wurden die Sorben an Entscheidungsprozessen niemals angemessen beteiligt. Das ist eigentlich ein Grundrecht für Völker, die angestammt leben, für indigene Völker, aber hier in Deutschland findet das nicht statt. Die

Domowina (Anm. d. R.: Dachverband sorbischer Vereine) kann in manchen Prozessen Projektanträge stellen, aber das ist keine echte politische Mitsprache oder gar Selbstbestimmung, wie unser sorbisches Parlament „Serbski Sejm“ sie fordert. Da die Braunkohle bald zu Ende sein wird, spielt es hoffentlich keine Rolle mehr, zukünftige Abbauvorhaben mit den Sorben abzusprechen, aber was sicherlich noch mal diskutiert werden muss, ist die Frage von Entschädigung oder Wiedergutmachung.

**Schulze:** Es ist tatsächlich so, dass das Planungsrecht in Deutschland nicht auf individuelle Ansprüche einer begrenzten Anzahl von Menschen eingeht. Für uns als Bundespolitiker ist klar, dass es einen Staatsvertrag zur Errichtung der Stiftung für das sorbische Volk von 1998 gibt, der wir jedes Jahr etwas mehr Geld als im Vorjahr geben. Inwieweit „Serbski Sejm“ sich dort einbringt, ist nicht unstrittig. Ich bin da völlig indifferent, weil ich mich nicht in Belange einmische, von denen ich wenig verstehe.

**Das sorbische Volk und seine Kultur werden durch die Landesverfassungen von Sachsen und Brandenburg geschützt. Welche Bedeutung haben die Sorben für die Lausitz?**

**Domaška:** Das Sorbische könnte auf die Identitätskrise, die hier in der Lausitz herrscht, eine ganz wichtige, heilende Wirkung haben. Es wäre eine gute Investition, Sorbisch-Unterricht in den Schulen anzubieten, um die Brücke zum sorbischen Volk und seiner Kultur wieder zu bauen. Bildung, Sprache und Kultur sind weiche Standortfaktoren, die Menschen davon abhalten, wegzuziehen und vielleicht sogar Leute dazu bringen hierherzukommen.

**Schulze:** Bei Bildung gehe ich mit, aber dann brauchen wir als nächstes wertschöpfende Arbeitsplätze, sonst kommen auch keine jungen Leute. Und ohne Gewerbesteuererinnahmen aus dem produzierenden Gewerbe können wir die weichen Standortfaktoren gar nicht finanzieren.

**Sie sprachen eine Identitätskrise an. Die Lausitz hat im Zuge des Strukturwandels mit einem Rechtsruck zu kämpfen: Bei den Kommunalwahlen 2019 erhielt die AfD in Spremberg mit 26,6 Prozent die meisten Stimmen. Wie ordnen Sie diese Entwicklung der Lausitz ein?**

**Schulze:** Die AfD wird in Ost- wesentlich mehr als in Westdeutschland gewählt und hier vor allem im ländlichen Bereich, weil wir es hier nicht geschafft haben, ihn gleichwertig zu entwickeln wie die Ballungsräume. Wenn wir vom Verbot von Verbrennungsmotoren oder Ölheizungen reden, dann trifft das kaum die Berliner, die zig ÖPNV-Möglichkeiten haben, sondern die Menschen hier im ländlichen Raum.

**Domaška:** Ich denke, die Politikverdrossenheit hängt auch damit zusammen, dass die Menschen das Gefühl haben, die Kontrolle über die Demokratie verloren zu haben. Ich würde vorschlagen, dass es mehr Bürgerbeteiligung von unten gibt. Dass die Menschen, die sich in ihren Orten am besten auskennen, auch vor Ort über ihre Angelegenheiten entscheiden können. Die Gründung von „Serbski Sejm“ ist ein Beitrag dazu. Man könnte außerdem Bürgerräte aufbauen, die sich mit bestimmten Themen beschäftigen und deren Empfehlungen von den Parlamenten bearbeitet werden müssen. Das könnte die Menschen dazu bringen, wieder Vertrauen zur Politik zu gewinnen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und nicht darauf zu warten, dass Abgeordnete irgendwelche Gelder lockermachen.